

# Damit die Wut uns nicht zerreißt: Wer hält unsere Gesellschaft zusammen?

Bautzen, 1. Mrzt 2024

## Rede von Staatsministerin Petra Kpping anlässlich der »Bautzener Reden« im Dom St. Petri, Bautzen

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,

als sächsische Sozial- und Gesundheitsministerin komme ich viel im Land herum.

Wenn ich mit Menschen ins Gespräch komme, dann erlebe und beobachte ich seit langem drei Dinge.

Erstens: Die Menschen sind erschöpft. Erschöpft von einem Strom von stetig schlechten Nachrichten.

In einer Zeit, wo alles problematisch scheint.

Zweitens: Sie sind verunsichert. Denn der Berg an Problemen wird scheinbar immer größer.

Da ist die Nebenkostenabrechnung, die am Ende des Jahres kommt.

Da gibt es so manche Politikentscheidung, die schlecht erklärt ist.

Und da kommen WhatsApp Nachrichten oder Kommentare über Facebook, wie katastrophal alles wäre.

Denn gute Nachrichten. Erfolge. Etwas das gut läuft: Das wird ja selten geteilt.

Drittens: Die Menschen ziehen sich zurück.

Viele haben inzwischen den Eindruck, dass man nichts mehr sagen darf.

Aber nicht in der Form, wie es gern behauptet wird. Nicht aufgrund von Verboten.

Sondern weil eine differenzierte Meinung keine Rolle mehr in der Öffentlichkeit zu spielen scheint.

Viele empfinden angesichts vielfacher Krisen ein Ohnmachtsgefühl.

Es scheint kein »Wir« der Mitte mehr zu geben. Immer heißt es »ich, ich, ich«.

Es wird fast nur noch geschrien, besonders an den berlauten Rändern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe schon einmal eine so grundsätzliche Rede gehalten wie heute hier in Bautzen. Nämlich vor sieben Jahren in Leipzig.

Damals habe ich die Ungerechtigkeiten und Kränkungen der Nachwendedebatte in den Mittelpunkt der politischen Debatte gesetzt.

Ich habe ein Buch darüber geschrieben und seitdem wird nicht mehr drüber geredet, ob die Aufarbeitung der Wendezeit wichtig ist, sondern wie sie erfolgen kann.

Und schon damals war mir klar:

Wir leben in ungewöhnlichen Zeiten. Mit vielen Krisen und »komplexen Herausforderungen« - wie das immer so schön heißt.

Können Sie sich noch an die Finanzkrise von 2009 erinnern?

Wahrscheinlich eher noch an die Flüchtlingssituation 2015, 2016.

Und 2020 überrollte uns Corona mit all seinen schmerzlichen Auswirkungen und gesellschaftlichen Konflikten. Und als alle endlich froh waren, dass die Pandemie vorbei war: Da überfiel Putin mit seinem Angriffskrieg die Ukraine.

Im Sommer 2022 drehte Putin den Gashahn zu. Wir wissen alle, was dann folgte: die Gas- und Strompreise stiegen teilweise sehr massiv.

Die Inflation war lange Zeit enorm hoch und hat vor allem die Menschen mit kleinen und unteren mittleren Einkommen oft vor riesige Probleme gestellt. Viele haben mir von schlaflosen Nächten erzählt.

Zudem stiegen die Zahlen der Geflüchteten wieder. Zum Teil war das auch Strategie von Putin: Er will westliche Gesellschaften spalten. Und wir wissen seit 2016: Ja, das funktioniert leider.

Gleichzeitig steht der Wirtschaftsstandort Deutschland vor großen Herausforderungen. Wir sind als Exportnationen unter Druck. China und USA investieren Summen im dreistelligen Milliardenbereich.

Produkte und Produktionsprozesse verändern sich durch Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft.

Der Arbeit- und Fachkräftemangel wird zum riesigen Problem, etwa in der Pflege, im Gesundheitswesen, aber auch in der Gaststätte um die Ecke.

Und überall werden rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen stärker, welche die Demokratie schleifen wollen.

Jedes dieser Themen allein wäre schon eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Alle zusammen in so kurzer Zeit können einen schier mürbe und hilflos machen, Sie hier in Bautzen genauso wie mich.

Dass in solchen Zeiten viele Leute zweifeln, dass sich Pessimismus und auch Wut ausbreiten, ist nicht verwunderlich.

Und warum sind gerade wir hier so sensibel? All diese Krisen und Konflikte sind bei uns hier im Osten besonders durch die Nachwendezeit geprägt:

Das Gefühl der Unsicherheit trifft im Osten Deutschlands auf ein Grundgefühl einer entsicherten Gesellschaft. Insgesamt stehen wir im Osten immer noch auf wackeligerem Boden als etwa in West- oder Süddeutschland.

Wenn die Preise steigen, dann trifft das den Osten besonders hart:

Denn die Einkommen im Osten sind immer noch geringer als im Westen.

Zudem haben die Menschen in Ostdeutschland weniger Vermögen in der Hinterhand. Das fördert die Unsicherheit. Da tut die Nebenkostenabrechnung über ein paar Hundert Euro richtig weh.

Zwar ist die Massenarbeitslosigkeit der Nachwendezeit überwunden, doch nun trifft der Fachkräftemangel den Osten besonders scharf: als direkte Folge der Nachwendezeit, als gerade viele junge Menschen in den Westen gingen.

Im Übrigen besonders junge Frauen. Die heute fehlen. Und deren Kinder.

Es ist doch auch so:

Vielleicht das erste Mal in den letzten 30 Jahren kam wenigstens im privaten Bereich das Gefühl auf, dass so etwas wie Ruhe und Stabilität bei uns ankommt.

Dass man etwas geschafft hat. Dass es besser wird.

Und zugleich folgte Krise auf Krise. Und es soll sich wieder alles verändern.

Kein Wunder, dass viele im Osten müde von diesem grundlegenden Wandel sind.

Sachsen hat gerade etwas aufgebaut. Aber für viele scheint der in letzten 30 Jahren im Osten hart erarbeitete kleinere oder größere Wohlstand in Gefahr.

Schlimmer noch: der Görlitzer Schriftsteller Lukas Rietzschel beschrieb seine Beobachtung:

Viele der »Aufbaugeneration« haben 30 Jahre durchgearbeitet, um sich den Wohlstand, den kleinen Lebensraum zu erfüllen. Was man sich seit 1990 immer wieder erhofft hatte.

Das war harte Arbeit!

Nun aber, so Rietzschel, stellten viele Kinder und Enkel, und auch Teile der Gesellschaft dieses Ergebnis des guten Lebens in Frage. Das tut weh.

Und bei manchen ist jetzt eine widersprüchliche Nostalgie zu erkennen, als ob es früher besser gewesen wäre. Damit meinen die heute nicht mehr die DDR, sondern interessanterweise die Nachwendezeit.

Das alles ist vielleicht auch normal. Wir Älteren wissen ja, dass wir uns lieber an die positiven Dinge zurück-erinnern, und weniger an die Härten. Auch wenn wir sie weiter in uns tragen.

Denn darum ging es in meiner damaligen Leipziger Rede und meinem Buch über die Nachwendezeit.

Vielleicht hat es der eine der oder andere ja gelesen: ich habe damals schon den Menschen genau zugehört und so ist nicht nur der Inhalt, sondern auch der Titel entstanden: »Integriert doch erst mal uns!«

Ich war sehr froh, dass das Buch einen so großen Widerhall gefunden hat.

Denn es hat sich was getan. Die »Lebensleistung der Ostdeutschen« und die Ungerechtigkeiten nach 1990 kamen auf den Tisch!

Und die folgende Debatte hat richtig etwas bewirkt:

- Die Rentenangleichung zwischen Ost und West kam ein Jahr früher als geplant und Millionen ost-deutscher Rentnerinnen und Rentner hatten seit 1. Juli 2023 mehr Geld.
- Der Mindestlohn von 12 Euro wurde vor allem auch mit dem Blick auf den ostdeutschen Niedrig-lohnbereich eingeführt. 1,1 Millionen ostdeutsche Beschäftigte bekamen eine Lohnerhöhung.
- Trotz der schwierigen Haushaltsverhandlungen wurden die geplanten Milliarden-Investitionen für Ostdeutschland in die Wirtschaft und wirtschaftsnahe Infrastruktur gerade von Bundeskanzler Scholz nie in Frage gestellt.

Das alles ist auch ein Ergebnis der Debatte und des neuen Blicks auf Ostdeutschland. Und nicht nur in meiner Partei.

All das sind gute Botschaften, die leider zu oft unter den schlechten untergehen.

Und nein, wir sind noch nicht am Ziel:

- Es gibt weiter Unternehmen, in denen Beschäftigte im Osten weniger bekommen als im Westen. Es gibt aber auch eine neue selbstbewusste Arbeiterbewegung im Osten, die für ihre Rechte und Löhne streikt.
- Das gab es bislang nicht! Gut so!
- Unser ostdeutscher Industrie- und Wirtschaftsstandort ist immer noch von vielen »Werkbänken« ge-prägt, d. h., dass die Unternehmensleitungen viel zu oft ausschließlich im Westen sind.
- Und auch die 12 Euro Mindestlohn sind durch die Inflation inzwischen nicht genug.

Doch wenn man aktuell allein die größeren Investitionen von Unternehmen, Bund und Sachsen zusammen-rechnet, die gerade über das »normale Maß« hinaus in unserem Land in die Wirtschaft und wirtschaftsnahe Infrastruktur investiert werden:

Dann sprechen wir von über 30 Mrd. Euro für die nächsten Jahre.

30 zusätzliche Milliarden.

Das sind 1 ½ sächsische Haushalte, die gerade investiert werden: in Stahl, Optik, Breitband, Halbleiter, Wasserstoff und Großforschungszentren.

Es ist der Osten, der gerade besonders von der aktiven Industriepolitik der Bundesregierung profitiert, selbst unter den aktuellen schwierigen Bedingungen!

Wie gesagt: Es gibt Licht und Schatten. Denn:

- Es ist weiterhin so, dass Ostdeutsche weniger in Spitzenpositionen auftauchen.
- Aber es ist heute ein Thema!
- Letztes Jahr wurde ein Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung vorgelegt.
- Erstmals hat eine Bundesregierung die Unterrepräsentation Ostdeutscher bei den Führungskräften in der Bundesverwaltung anerkannt.
- Sie hat eine Selbstverpflichtung beschlossen, die Repräsentation in den obersten Bundesbehörden deutlich zu verbessern.

Das alles wird viel zu wenig gesehen, besprochen, kommuniziert. Oder einfach nicht gehört.

Und warum das so ist, darüber habe ich auch schon in dem genannten Buch nachgedacht:

Warum das Misstrauen in und die Distanz zu Demokratie und Politik in Sachsen und Ostdeutschland besonders groß ist?

Warum es so viel Wut gibt?

Und was wurde mir klar?!

Wir werden keine vollständigen Antworten auf diese Fragen finden, wenn wir uns nicht gleichzeitig ehrlich und offen mit der Nachwendezeit beschäftigen.

Man merkt: Menschen vor Ort werden nicht durch Ankündigungen das Gefühl bekommen, weniger abgehängt zu sein. Sie werden dann überzeugt sein, wenn das Ergebnis vorliegt.

Gerade in sich abgehängt fühlenden Regionen – das gilt übrigens nicht nur für Ostdeutschland – findet man häufig nicht nur weniger Vertrauen, sondern oft auch tiefes Misstrauen in politische Versprechungen.

Es war immer klar: mit einer Rede, einem Buch, einer Debatte werden die vorhandene Wut, die Wunden und die Verbitterung nicht einfach weggehen.

Die vielfach weiter unbewältigten Demütigungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten sind nicht einfach verschwunden.

Ich schrieb damals in meinem Buch:

*[Zitat] »Ich weiß, dass viele aufgrund der Kränkungen wütend und auch oft ungerecht gegenüber anderen geworden sind, Pöbeleien und Hass freien Lauf ließen.*

*Viele scheinen bereit, sich von der Stimmung anstecken zu lassen, dass man scheinbar das Recht habe, gegenüber anderen Gruppen von Menschen ungerecht zu werden, weil man sich selbst ungerecht behandelt fühlt.«*

Ich schrieb weiter:

*»Das Misstrauen ist mittlerweile so groß, dass man leicht denen auf den Leim geht, die weiteres Misstrauen schüren, die behaupten, es gäbe einfache Lösungen. Sie hetzen gegen eine soziale und liberale Demokratie, indem sie an ostdeutsche Frustrationsgefühle appellieren.«*

Was ich damals schrieb, scheint heute immer noch zuzutreffen.

Und es ist in den letzten Jahren etwas dazugekommen. Das sind zwei andere Punkte, die ich zuletzt in den vielen Gesprächen immer wieder gehört und wahrgenommen habe.

Das eine ist das Thema Polarisierung. Das Freund-Feind-Denken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn ich mit den Leuten spreche, dann höre ich: Viele Menschen haben den Eindruck, dass man nichts mehr sagen darf.

Aber nicht in der Form von Verboten, wie es gern behauptet wird.

Sondern weil eine differenzierte Meinung keine Rolle mehr in der Öffentlichkeit zu spielen scheint.

Traut man sich damit raus, bekommt man von einer »extremen« Seite erst mal einen drauf.

Wenn man Pech hat, gleich noch von der anderen Seite.

Vielleicht ist das dann eigentlich ein Zeichen, dass man nicht ganz falsch liegt.

Aber das schlimme ist doch, dass es eine gewisse Besserwisserei und Aggressivität von lauten Rändern gibt, die viele von uns stumm macht.

Und nicht wenige Menschen fühlen sich in eine Spaltung und in eine radikale Haltung gezwungen, um im Gespräch zu bleiben und nicht ausgegrenzt zu werden.

Und am Ende wird immer nur noch alles böswillig ausgelegt.

Dabei werden Fronten aufgebaut, indem mit immer schärferen Begriffen die andere Seite bewertet oder die eigene missliche Lage beschrieben wird.

Und wir müssen ehrlich sein: wir lassen uns manchmal selbst in diese Polarisierung drängen. Wir fühlen und nutzen selbst die Reiz-Begriffe – andere nennen es Trigger-Punkte – welche die andere Seite auf die Palme jagt.

Oft ist genau das leider auch der leichteste Weg, um Gehör zu finden – zumindest kurzfristig.

Langfristig richtet diese Form der Debatte unglaublichen Schaden an. Das können wir heute schon beobachten.

Wann fing das an, dass man einander permanent bewertet und beschuldigt?

Wie man spricht?

Was man isst?

Wie man von A nach B kommt?

Alles scheint politisch empörend, selbst die einfachsten Dinge, die eigentlich nicht politisch sind.

Die Folge ist aber: Viele Menschen sind frustriert. Davon, wie öffentliche Diskurse geführt werden und wie dort miteinander umgegangen wird.

Und das Ergebnis ist: sie ziehen sich zurück.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind uns einiger, als wir denken!

Das wird schnell klar, wenn man sich länger unterhält und hinter die Reiz-Worte schauen kann:

Man ist mit sehr vielem gar nicht so weit inhaltlich entfernt!

Viele wollen, dass Probleme gelöst werden. Und zwar machbar und gerecht.

Und entgegen vielen Behauptungen:

Alle Forschungen und Umfragen in jüngster Zeit haben es bestätigt: Es gibt keine zwei Lager, die sich feindselig gegenüberstehen.

Deutschland ist nicht in zwei Lager geteilt.

Die einen und die anderen, das ist falsch! Auch wenn es noch so oft wiederholt wird.

Es gibt viel eher eine Radikalisierung der Ränder: Es finden sich dort radikale Meinungen zu verschiedensten Punkten.

Manche kann ich und sicher auch Sie besser nachvollziehen als andere.

Manche lehne ich und auch Sie vehement ab.

Aber zwischen diesen radikalen Rändern gibt es eine Mitte, die nicht nur Schwarz und Weiß ist. Die aus Mischönen besteht.

Wissenschaftler nennen das Pluralismus.

Liebe Anwesende,

ich kann Ihnen sagen: wenn ich mit den Menschen ins Gespräch über die jüngsten Krisen komme, wissen Sie was dann passiert?

Dann hauen sie mir zunächst Meinungen und Zuspitzungen um die Ohren.

Auch mit Kraftausdrücken. Nicht immer fair. Nicht immer sachlich.

Aber wenn man über diesen Punkt hinausgeht, und das tue ich, dann wird klar:

Wir – die wir gar kein Interesse an einer Spaltung haben – sind uns alle näher, als wir auf den ersten Blick meinen.

Ja, nicht wenige Menschen in Sachsen sind richtig radikal. Sie haben sich einem Verschwörungsglauben ergeben, hassen, sind bereit zur Gewalt und zur Abwicklung der Demokratie.

Doch die meisten Menschen sind es nicht, sie sind nicht radikal: Sie haben sehr unterschiedliche Seelen in der Brust.

Doch das zu sehen, dafür müssen wir uns erst mal für den anderen interessieren, warum der oder die andere eine andere Position hat.

Dann lohnt sich der Streit in der Sache.

Und dann ist diese Diskussion wertvoll und hilft uns allen.

Außer. Ja außer, wenn man dann sieht, der oder die gegenüber stellt wirklich die Menschenwürde in Frage. Da ist nicht nur Wut auf irgendwas.

Oder wenn man merkt, dass der andere wirklich im Verschwörungsglauben abgedriftet ist, auch nach der dritten Nachfrage.

Oder wenn da jemand tatsächlich rechtsradikale Positionen einnimmt.

Dann kann man auch sagen: Der oder die stellt sich selbst an den Rand der Gesellschaft. Diese Person gibt selbst den Wunsch nach sachlichem Dialog auf.

Und mit dem rede und streite ich dann auch nicht mehr.

Mal ein Beispiel:

Die allermeisten sind heute für Gleichstellung. Und ich sage mal dazu: gerade hier im Osten hat der Anspruch auf eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern gute Tradition.

Jeder Vater möchte beispielsweise, dass seine Töchter Erfolg im Beruf haben, bei gleicher Arbeit auch das gleiche wie die männlichen Kollegen verdienen. Dass sie keinerlei Nachteile haben – weder in der Schule noch im Beruf.

Hier sind wir uns bestimmt allesamt sofort einig!

Und zugleich kann nicht jeder etwas mit »gendergerechte Sprache« anfangen.

Und das Beispiel zeigt es, dass man nicht automatisch gegen Gleichstellung ist, wenn man Gender-Sternchen nicht verwendet. Richtig?!

Oder das Beispiel Klimaschutz:

Auch hier bin ich überzeugt, dass auch heute hier eine große Mehrheit der Menschen die Gefahren des Klimawandels und die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen sehen.

Aber sie wollen auch, dass es dabei gerecht zugeht und haben Sorge, überfordert zu werden.

Nicht jeder ist gleich von jeder Maßnahme überzeugt. Schon gar nicht, wenn sie gesetzlich schlecht gemacht ist oder politisch schlecht kommuniziert wird.

Das nährt bei vielen durchaus Zweifel – aber ohne dabei das Ziel in Abrede zu stellen!

Und diese stille Mitte findet in der öffentlichen Diskussion selten einen Platz für ihre differenzierte Haltung. Ehrlich gesagt: Das ist Mist!

Dann ja, beim Klimaschutz bewegt die Einen das Ende der Welt und die Anderen das Ende des Monats – nämlich was da noch im Portemonnaie übrig bleibt.

Und es geht hier nicht um ein entweder oder.

Die beiden Blicke sind richtig!

Und wenn man beides zusammendenkt, dann kommt man auf eine einfache Formel:

Der Umbau von Erneuerbaren Energien vor Ort muss den Leuten auch was bringen!

Wenn ich in meiner Gemeinde eine Solaranlage installiere oder ein Windrad baue, warum zahlt man nicht weniger für Strom vor Ort? Dann ziehen vielleicht wieder Leute ins Dorf und nicht immer weg? Wenn ich mir die Mühe mache, dann soll es mir auch was bringen!

Nun stehe ich hier aus als Gesundheitsministerin. Und wenn ich auf die letzten Jahre zurückblicke, will ich natürlich auch die Corona-Zeit offen ansprechen.

Denn auch bei diesem Thema war und ist die öffentliche Meinung von den Extremen geprägt.

Die einen, die sagten, dass es noch viel mehr Einschränkungen brauchte.

Und die anderen, die jede Einschränkung ablehnten oder die Pandemie sogar heute noch leugnen und Verschwörungstheorien verbreiten.

Die große Mehrheit aber wusste schon um die Gefahr, die von der Krankheit ausging oder wusste wenigstens, dass man das nicht auf die leichte Schulter nehmen konnte. Die Mehrheit war auch bereit, Einschränkungen hinzunehmen. In engen Räumen Masken zu tragen. Auch mal Abstand zu halten.

Ja. Und viele waren aber nicht von jeder Maßnahme überzeugt. Sie hatten Zweifel. Und wir hatten diese auch!

Und ich sage ihnen auch: Wir mussten damals unter hohem Druck und Unsicherheit viele schnelle Entscheidungen treffen. Denn es ging um Menschenleben!

Mit dem Wissen von heute, waren nicht alle Entscheidungen notwendig. Ich denke hier besonders an die Schulschließungen.

Und an manchen Stellen waren wir auch nicht ausreichend vorbereitet – etwa gab es keine ausreichenden Bestände von Schutzmaterial, wie Masken und Schutzanzüge.

Auch deshalb bin ich dafür, dass wir in der nächsten Wahlperiode im Landtag eine Enquete-Kommission einrichten.

Also eine Kommission aus Abgeordneten und Sachverständigen, die sich diese Entscheidungen anschaut. Damit wir wissen, was richtig war und was nicht. Und damit wir lernen. Nur so können wir bei neuen Krisen besser sein.

Und natürlich will ich das Thema Migration ansprechen.

Denn auch hier wird mir viel zu oft folgendes Bild gezeichnet:

Die eine Hälfte der Gesellschaft würde fordern: alle Menschen der Welt nach Deutschland rein.

Die anderen würden sagen: alle Ausländer raus.

Aber die Mehrheit der Bevölkerung ist doch eigentlich in zwei andere Lager geteilt:

die einen, die sagen ja, im Zweifel bin ich dafür, dass wir Geflüchtete aufnehmen – auch wenn es in den letzten Jahren ganz schön viele waren.

Und das andere Lager sagt: ja, ich bin nicht grundsätzlich dagegen, aber ich habe einige Bedingungen dafür, welche Leute hier ins Land kommen.

Das ist doch die eigentliche Diskussionslinie.

Und genau hier sind Argumente und Lösungen auch möglich.

Und zugleich zeigt sich hier auch: Die stille Mitte ist sich nicht bei allem einig. Da darf gestritten werden um den richtigen Weg. Wie überall! Das ist Demokratie.

Und ich rede hier nichts schön, sondern das begegnet mir immer wieder: Ich kenne viele, die zuerst hart gegen Migranten austeilen.

Die es dann aber als einen Skandal empfinden, dass Menschen abgeschoben werden, die hier arbeiten, gut integriert sind und deren Kinder gerade ihre Ausbildung machen.

Die sich wie ich darüber aufregen, dass Ämter vielen Migranten Steine in den Weg legen, wenn der Berufsabschluss nicht anerkannt wird oder sie nicht arbeiten dürfen.

Die dann vor Ort helfen.

Das ist die Realität. Und was dann in der öffentlichen Debatte geschieht, ist das glatte Gegenteil. Es wird mit Reizworten um sich gehauen und die öffentliche Provokation gesucht. Das ist nicht gut. Weder für die Debatte selbst, noch für unser Zusammenleben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Problem sind die Reizworte, oder Triggerpunkte, wie sie der Soziologe Steffen Mau nennt.

Wir kennen sie alle: Das Lastenfahrrad, der SUV-Fahrer, das Gendersternchen, das vegane Schnitzel.

Steffen Mau hat Recht: genau diese Reizworte führen dazu, dass eine sachliche Debatte in eine emotionalisierte Debatte umschlägt.

Er schreibt:

»Auf einmal sehen Leute rote Linien, wo gemeinsame Ziele nicht mehr möglich scheinen. Die radikalen Zuspitzungen sind dann »überlaut«.

Hingegen bekommt die »stille Mitte« mit ihren sehr unterschiedlichen und differenzierten Ansichten wenig Gehör.

Doch wir müssen diesen moderaten Stimmen wieder viel mehr Raum geben, findet Steffen Mau. Und genauso sehe ich das auch.

Ich weiß natürlich: mit einer gemäßigeren Position bekommt man wenig Klickzahlen.

Das wissen die Radikalen. Das wissen Aktivisten. Und das wissen auch viele Medien.

Und damit ist es auch kein Zufall, dass sich die Leute zunehmend aus den Sozialen Medien zurückziehen.

Und natürlich kann einem das mal rausrutschen, in der Hitze des Gefechts und der Diskussion, oder auch mal im Wahlkampf.

Aber können wir nicht Standpunkte vertreten und dem oder der anderen eine Tür offenlassen für ihren Standpunkt, für ihr Meinung, für ihr Argument?

Und wie oft sitze auch ich vor dem Fernseher und denke: Geht's bei der Bewertung der anderen Meinung nicht auch mal eine Nummer kleiner?

Der oder die andere kann ein politischer Gegner sein. Man kann unterschiedliche Meinungen haben.

Man sollte dem anderen aber doch nicht gleich immer Verschwörungen oder ausschließlich böse Absichten unterstellen.

Das ist eine Unart, die mich wirklich stört.

Ganz ehrlich: da bin ich Mutter und Großmutter und sage einfach nur: »Das macht man nicht! So geht man nicht mit anderen Menschen um!«

Der andere sollte doch kein Feind sein!

Doch neben der eben genannten Polarisierung erlebe und höre ich noch etwas Anderes:

30 Jahre Neoliberalismus sind am Osten auch nicht spurlos vorbeigegangen. Das Lied vom schlanken Staat, von der Priorität der Wirtschaft, von den freien Kräften des Marktes.

Auch das hat etwas mit den Menschen in Sachsen gemacht.

Wir sollten kritisch auf die entstandene Ellbogenmentalität und auf den Egoismus der 90er Jahre blicken. Der Turbokapitalismus der Nachwendezeit hat die gesellschaftliche Solidarität zerstört.

Nichts untergräbt die Solidarität mehr als das Gefühl, dass man als Einzelkämpfer darauf achten muss, selbst zu überleben.

Jemand hat das mal einen resignativen Neoliberalismus genannt: »man kümmert sich nur um sich«, aber man ist nicht stolz drauf.

Ich habe beobachtet, dass ein fast greifbarer Egoismus sich durch Alltag und Gesellschaft gefressen hat.

Das sagt auch eine zunehmende Mehrheit der Menschen in Deutschland: Es würde immer egoistischer zugehen und dass sich jeder nur noch selbst der nächste ist.

Daraus ziehen Menschen den Schluss: Dann muss ich mir auch der nächste sein.

Gerade im Osten ist mir in den Erzählungen der Menschen der Nachwendezeit immer wieder begegnet:

jeder müsse sehen, wo er bleibt. Wenn jeder an sich selber denkt, ist an alle gedacht.

Aus diesem Kampf um das »über die Runden kommen« wurde ein »Jeder ist seines Glückes Schmied«.

Das hat das »Wir« kaputt gemacht.

Ich las letztens eine neue Studie: Laut dieser hat eine politische Haltung in den letzten Jahren zugenommen, welche die Umfrage »enttäuschte Radikale« nennt.

Diese Menschen haben extrem hohe Ansprüche an die Politik.

Sie erwarten, dass Probleme nur in ihrem Sinne und sofort gelöst werden.

Sie wollen sich zugleich aber vom Staat keinerlei Vorschriften machen lassen.

Liebe Leute,

das funktioniert so aber nicht.

Da verschwindet zunehmend das Verständnis, wie Demokratie funktioniert. Und was Politik überhaupt leisten kann.

Und dass man Kompromisse braucht.

Und wissen Sie was? Wissen Sie, was mich trotzdem optimistisch macht?

Wir alle haben dabei einen anderen Anspruch:

Denn eine deutliche Mehrheit der Menschen sagt zwar, es würde immer egoistischer zugehen.

Doch gleichzeitig wünscht sich der Großteil der Menschen, dass es anders sei!

Der Glaube an etwas Gemeinsames mag uns im Moment manchmal fehlen. Aber die Idee, gemeinsam für etwas einzustehen, hat weiterhin Strahlkraft.

Das ist die Idee einer sozial gerechten Gesellschaft. Es ist eine Idee, die dem Egoismus in Gemeinsamkeit entgegentritt.

Deswegen finde ich die neue ostdeutsche Arbeiterbewegung so wichtig, die gerade in immer mehr Betrieben für ihre Rechte und höhere Löhne kämpft: Das bringt vielen ostdeutschen Beschäftigten den Respekt zurück!

Deswegen finde ich auch die aktuellen Demos gegen Rechtsextremismus und für Demokratie so wichtig. Und zwar im doppelten Sinne.

Sie sind zum einen ein Zeichen gegen die Polarisierung.

Ich finde es gut, wenn in Dresden, Meißen, Leipzig und hier in Bautzen auf der Demonstration explizit gesagt wird:

- »wir haben hier unterschiedliche Meinungen.«
- »Wir kritisieren vielleicht die aktuelle Politik oder unterstützen sie.«
- »Wir haben unterschiedliche Positionen zu verschiedenen Inhalten.«

»Wo wir uns aber nicht unterscheiden:

Wir machen uns Sorgen um unsere Demokratie. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien wollen unsere Gesellschaft mit Wut auseinanderreißen. Und da haben wir alle gemeinsam etwas dagegen!«

Und die Demonstrationen sind noch ein anderes Zeichen: die Leute erleben nach Jahren vielfacher Krisen und verbreiteter Ohnmachtsgefühle einen Aufbruch, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt.

Das alles ist ein neues »Wir« statt »ich, ich, ich«.

Ein neues »Wir«, das sich unterscheidet von dem Wutruf: »Wir - und nur wir - sind das Volk, alle anderen sind der Feind«.

Hier entsteht gerade wieder ein »Wir«, das unterschiedliche Meinungen hat, auch mal miteinander streitet.

Aber das ist eben nicht ein »Volk«, das alle anderen zu Feinden erklärt, diese »jagen« will oder alles immer nur schlecht redet.

Und genau das »Wir« sehe ich immer dort, wo Menschen gemeinsam etwas auf die Beine stellen.

Ich sehe jeden Tag, dass Menschen in Sachsen einfach »machen«. Sie sind oft still, erzeugen keine Aufreger und finden deswegen oft nicht ihre verdiente Anerkennung in der überlauten Polarisierung. Zu Unrecht!

Diese Geschichten müssen wir sehen und zeigen. Es sind genau sie, die unsere Gesellschaft tragen.

Sie sind es, die für etwas einstehen. Sie nehmen den Wunsch danach, dass es besser wird, selbst mit in die Hand.

Da sind z. B.

- In Bad Dübau: Menschen, die einen Bahnhof zu einem neuen sozialen Begegnungsort umgestalten.
- In Wurzen: verantwortungsvolle Schulsozialarbeiter an der Oberschule
- in Löbau-Zittau: die Initiative eines Arztes der die digitale Beratung durch Hautärzte möglich gemacht hat; in einer Region, wo lange kein Hautarzt tätig war

Erzählen wir uns auch diese guten Geschichten! Auch Erfolge! Und die gibt es auch hier in Bautzen! Erzählen Sie mir diese gern! Ich will sie hören. Und weitersagen.

Denn damit zeigen wir auch, was uns viele Statistiken gerade sagen:

Im Moment ist die Stimmung definitiv schlechter als die Lage!

Glauben Sie mir:

Das Bild der Spaltung hilft nur den Rechtspopulisten.

Sie wollen, dass sich Lager feindlich gegenüberstehen!

Deswegen überziehen sie die Debatten mit Reizworten. »Alles sei schlecht!«

»Es geht bergab.«

»Und die Regierung, die seit zwei Jahren im Amt ist und mit einem Krieg in Europa und all seinen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft umgehen muss, ist als Ampel einfach nur eine Katastrophe für unser Land.«

Alles Reizworte. Alles Trigger. Alles spaltend.

Gute Geschichten und Erfolge sind gefährlich für Populisten.

Wenn Sachsen schlecht gemacht wird, ist das gut für sie.

Deswegen sollten wir das auch nicht mitmachen!

Wenn Reizworte im Spiel sind, manche eine Reizdebatte führen, dann sollten wir uns nicht provozieren lassen:

Wie an den guten, nicht den schlechten Stammtischen früher sollten wir die sein, die sagen:

Lasst mal die Kirche im Dorf.

Kommt mal runter.

Beleidigungen gehen gar nicht.

Um was geht es eigentlich wirklich bei dem Thema?

Uns muss klar sein: Diese miese Stimmung gerade verhindert auch den Blick nach vorn!

Und dabei ist mir auch wichtig: Radikales ist nicht immer falsch.

Als die Frauenbewegung für das Wahlrecht für Frauen gestritten hat, war das radikal. Vor allem für die Männer.

Als die Bürgerbewegung in der DDR 1989 für freie Wahlen, Meinungsfreiheit und Reisefreiheit gestritten hat, war das radikal. Vor allem für Honecker und das Politbüro.

Als die frühe Sozialdemokratie den 8-Stunden-Tag und das gleiche Wahlrecht gefordert hat, war das radikal. Für die Konservativen und die Fabrikbesitzer.

Radikale Forderungen können also vernünftig sein! Das ist ok.

Es kommt aber dann darauf an: Wenn man diese umsetzt, dann müssen sie pragmatisch sein. Sie müssen machbar sein. Und sie müssen gerecht umgesetzt werden.

Und für diese Ziele darf man weder die Menschenrechte noch die Demokratie beseitigen, wie das linke und rechte Radikale immer wieder getan haben.

Es geht darum, die Gesellschaft und die Welt schrittweise zu verändern.

Und gern ganz praktisch und im Kleinen.

Zum Beispiel hier in der Lausitz den Strukturwandel nach der Braunkohle vorbereiten. Und da haben wir doch Erfahrung!

Und: heute sind unsere Voraussetzungen noch viel besser.

Und weil Kohleausstieg auch so ein Reizwort ist, wiederhole ich noch einmal:

Deutschland ist bei solchen Fragen nicht in zwei Lager geteilt.

Leidlich die Ränder sind laut.

Die einen behaupten dabei, dass es die Herausforderungen, vor denen wir stehen, gar nicht gibt. Dass sie nur ausgedacht sind.

Für die andere Seite kann der Wandel nicht schnell genug gehen – so dass dabei notfalls einige auf der Strecke bleiben müssten.

Doch so geht's nicht!

Diese Welt wird sich weiterdrehen, wir alle werden uns weiterentwickeln – und wir werden es so tun, dass wir alle dabei mitnehmen. Das ist mein Anspruch an Veränderung.

Und dazu gilt es selbstverständlich auch, Probleme zu benennen und Schritt für Schritt Lösungen für diese Herausforderungen zu finden und anzugehen.

Auch in Sachsen. Da reicht es nicht mit dem Finger nach Berlin, auf die Ampel oder die Bundesregierung zu zeigen.

Man kann natürlich einfach leugnen, dass es Krisen und Wandel gibt.

Man kann leichte Lösungen vorgaukeln.

Man kann Lösungen nur von anderen einfordern.

Oder: man kann machen.

Denn das ist für mich aus den unzähligen Gesprächen auch klar: die Menschen haben drängende Probleme, die zwischen all den windigen Winnetou- und Gendersternchen-Debatten völlig verdrängt werden:

Sie wollen,

... dass jeden Tag eine Lehrerin vor der Klasse der Tochter steht!

... dass im Notfall der Großvater medizinisch gut versorgt wird!

... dass der Lohn zum Leben für die Familie reicht.

... dass es Frieden auf der Welt gibt und eine friedliche Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Bautznerinnen und Bautzner,

ich bin sehr davon überzeugt, dass Respekt der zentrale Begriff ist, der unsere Gesellschaft zusammenhalten kann.

Respekt ist nicht etwa ein anderer Begriff für Gerechtigkeit.

Sondern er nimmt das Gefühl vieler auf, dass die Arbeit, die Leistung und die Lebensweise der einfachen Leute etwas wert ist.

Und damit auch die Lebensleistung der Ostdeutschen.

Polarisierung und Egoismus machen hingegen unsere Gesellschaft kaputt.

Ich will nicht, dass Deutschland und Sachsen wie die USA werden.

Wir sollten endlich wieder den moderaten, differenzierten Stimmen einen ausreichenden Raum geben. Eine vermittelnde Position ist keine Schwäche, sondern etwas Gutes.

Lassen Sie uns alle den Mut dafür aufbringen.

So kann es gelingen, dass die Wut unsere Gesellschaft nicht auseinanderreißt.

Vielen Dank.